

**Aktuelle PPP-Ausschreibungen / Ausschreibungen mit PPP-Elementen**

- **Landkreis Hof. Schulen.**

Der Landkreis Hof beabsichtigt, an insgesamt drei Standorten die Generalsanierung und/oder den Neubau von Schulgebäuden einschließlich Planungsleistungen und Betrieb über ca. 20 Jahre im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft zu vergeben. Folgende Schulen sind Gegenstand des PPP-Projektes: Staatliche Realschule Naila, Gymnasium Naila, staatliche Realschule Helmbrechts, Gymnasium Münchberg. Die Finanzierung erfolgt durch eine Beistellung der Endfinanzierung durch den AG. Die Zwischenfinanzierung einzelner Bauabschnitte erfolgt durch den AN.

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 60 - 65 Mio. Euro.

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren.

Schlussstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge: 11.12.2007.

Dokumentenummer im Amtsblatt der EU (TED): 249081-2007.

- **Landkreis Harburg. Schule.**

Der Auftragnehmer hat für die Haupt- und Realschule Hanstedt einen Neubau mit ca. 3.500 m<sup>2</sup> HNF mit den entsprechenden Außenanlagen inkl. Buskehre schlüsselfertig zu erstellen. Der Landkreis Harburg erwartet, dass der Bieter/AN "Planen, Bauen und Finanzieren aus einer Hand" anbietet. Zinsgünstige Kredite (z.B. KfW-Mittel) sollen vom Auftragnehmer genutzt werden.

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren.

Schlussstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge: 22.11.2007.

Dokumentenummer im Amtsblatt der EU (TED): 241407-2007.

- **Freistaat Bayern. Mainbrücken.**

Der Freistaat Bayern hat im Doppelhaushalt 2007/2008 vier Mainbrücken als PPP-Modelle (Funktionsbauvertrag mit privater Vorfinanzierung) eingeplant. Nachdem Anfang 2007 bereits die Mainbrücken Bergheinfeld und Segnitz ausgeschrieben wurden, liegen jetzt auch die Bekanntmachungen für die Mainbrücken Volkach und Klingenberg vor.

- **Staatliches Bauamt Würzburg. Mainbrücke Volkach.**

Erneuerung der Mainbrücke Volkach sowie bauliche Erhaltung über 25 Jahre einschließlich Privatfinanzierung nachschüssig durch 10 Jahresraten. Ca. 50% der Herstellungskosten unterliegen nicht der Finanzierung. Geschätzter Wert ohne MwSt.: 12,5 Mio. Euro.

Verfahrensart: Nichtoffenes Verfahren.

Schlussstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge: 4.12.2007.

Dokumentenummer im Amtsblatt der EU (TED): 246421-2007.

- **Staatliches Bauamt Aschaffenburg. Mainbrücke Klingenberg.**

Ausbau der St 3259 mit Neubau der Mainbrücke Klingenberg sowie die bauliche Erhaltung über 25 Jahre einschließlich privater Vorfinanzierung nachschüssig durch 5 bzw. 10 Jahresraten. Ca. 50 % der Herstellungskosten unterliegen nicht der Finanzierung. Geschätzter Wert ohne MwSt.: 6,5 Mio. EUR.

Verfahrensart: Nichtoffenes Verfahren.

Schlussstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge: 4.12.2007.

Dokumentenummer im Amtsblatt der EU (TED): 246420-2007.

- **PROPotsdam GmbH. Bürogebäude.**

Errichtung eines 5-geschossigen Bürogebäudes mit Untergeschoss und Tiefgarage im Rahmen eines PPP-Modells. Die vertragliche Laufzeit soll 20 Jahre betragen, die Finanzierung soll die Zwischenfinanzierung und die Endfinanzierung über 20 Jahre umfassen. Nach Fertigstellung und Abnahme erfolgt eine Einmalzahlung des Auftraggebers bis max. 4 Mio. Euro.

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 10,9 Mio. Euro

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren.

Schlussstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge: 12.11.2007.

Dokumentenummer im Amtsblatt der EU (TED): 242880-2007.

## Zuschlagserteilungen

- **Stadt Lohmar (Rhein-Sieg-Kreis). Schulen.**  
Der Neubau der Waldschule und die Sanierung der Hauptschule in Lohmar im Rahmen eines PPP-Projekts werden von der **SKE Facility Management GmbH** realisiert. Die Investitionskosten des Projekts belaufen sich 10,4 Mio. Euro, das Gesamtvolumen beträgt 29,8 Mio. Euro. Gegenüber einer herkömmlichen Lösung spart die Stadt Lohmar 5% Prozent der Kosten.  
**Quelle:** <http://www.rhein-sieg-anzeiger.ksta.de/html/artikel/1193144123366.shtml>
- **Land Hessen. Amt für Bodenmanagement Limburg.**  
Den Zuschlag für Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb des Amtes für Bodenmanagement in Limburg hat die **Goldbeck Gebäudemanagement GmbH** aus Bielefeld mit ihrem Bauunternehmen Goldbeck West GmbH aus Wettenberg und dem Architektenbüro Dohle + Lohse Architekten GmbH, Braunschweig, erhalten. Am ICE-Bahnhof soll für rd. 12 Mio. Euro ein Neubau mit rund 5.700 m<sup>2</sup> Nettogrundfläche entstehen. Die Effizienzgewinne des PPP-Projektes werden auf 12% geschätzt.  
**Quelle:** <http://www.hmdf.hessen.de/>

## Weitere Informationen

- **A-Modell A 4 "Umfahrung Hörselberge".**  
Im PPP-Newsletter 16/2007 vom 31.08.2007 hatten wir bereits über den Zuschlag an das Bieterkonsortium Vinci Concessions / Hochtief PPP Solutions informiert. Den nunmehr vorliegenden Pressemitteilungen beider Unternehmen sind weitere Einzelheiten zu entnehmen:
  - An der Konzessionsgesellschaft "Via Solutions Thüringen GmbH & Co. KG" hält Hochtief PPP Solutions 50% und ist Federführer. Die weiteren 50% liegen bei Vinci.
  - An der Bau-ARGE sind Hochtief Construction und die Eurovia AG mit jeweils 33% beteiligt. Weitere Partner sind die mittelständischen Unternehmen Strassing-Limes Bau GmbH (17%) und Josef Rädlinger Bauunternehmung GmbH (17%).
  - Die Finanzierung des Projektes erfolgt durch die Europäische Investitionsbank (89 Mio. Euro) sowie durch Dexia und die Halifax Bank of Scotland.Das Konsortium Vinci / Hochtief zählt auch bei den beiden noch im Vergabeverfahren befindlichen A-Modellen A 1 in Niedersachsen und A 5 in Baden-Württemberg zum Kreis der verbliebenen zwei bzw. vier Bieter.  
**Quellen:** <http://www.vinci.com/vinci.nsf/fr/communiqués.htm?OpenAgent&20071017-1645>  
<http://www.hochtief.de/hochtief/200.jhtml?pid=7875>
- **Berlin. PPP-Modellprojekt gestoppt.**  
Die rot-rote Koalition in Berlin hat die geplante Sanierung von Schulen mit privaten Partnern (vgl. *PPP-Newsletter 15/2007 vom 17.08.2007*) am 10.10.2007 im Hauptausschuss gestoppt. In einem Modellprojekt sollten in drei Bezirken insgesamt 19 Einrichtungen mittels PPP renoviert werden.  
**Quelle:** <http://www.morgenpost.de/content/2007/10/11/berlin/925967.html#>
- **Schleswig-Holstein. PPP-Portal und PPP-Broschüre.**  
Das Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein und die Investitionsbank Schleswig-Holstein haben ein PPP-Portal in ihre Internetauftritte integriert. Unter [www.oepi.schleswig-holstein.de](http://www.oepi.schleswig-holstein.de) (Finanzministerium) bzw. [www.ppp-sh.de](http://www.ppp-sh.de) (Investitionsbank) werden grundlegende Informationen zum Thema PPP angeboten. Darunter ist auch eine Broschüre mit dem Titel "**Gemeinsam in die Zukunft investieren - Öffentlich Private Partnerschaften in Schleswig-Holstein**", in der u. a. fünf PPP-Projekte des Landes vorgestellt werden. Zum Download unter:  
[http://www.ib-sh.de/fileadmin/ibank/oepi-portal/dateien/OePP\\_Broschuere.pdf](http://www.ib-sh.de/fileadmin/ibank/oepi-portal/dateien/OePP_Broschuere.pdf)

Betriebswirtschaftliches Institut der Bauindustrie  
Postfach 10 15 54, 40006 Düsseldorf  
Tel.: 0211 / 6703-280  
Fax: 0211 / 6703-282  
<http://www.BWI-Bau.de>  
[E.Paulsen@BWI-Bau.de](mailto:E.Paulsen@BWI-Bau.de)



## Gesetzgebung und Rechtsprechung mit PPP-Relevanz:

- **OLG Düsseldorf, Beschluss vom 24. Mai 2007 - Verg 12/07**  
<http://www.mkrq.com/reactor.php?page=2391>

### Vergabestelle darf auf Angaben der Referenzgeber vertrauen

Nach der Aufhebung der europaweiten Ausschreibung für die Erbringung von Bauleistungen im offenen Verfahren leitete die Vergabestelle ein Verhandlungsverfahren ohne öffentliche Bekanntmachung ein. Auf Anforderung reichten sämtliche bisherigen Bieter des offenen Verfahrens eine Referenzliste ein. Die Eignungsprüfung kam zu dem Ergebnis, dass nur zwei Bieter qualifiziert seien und an dem Verhandlungsverfahren beteiligt werden sollten. Die Antragsstellerin wurde auf Basis der vorgelegten Referenzen nicht berücksichtigt. Die Referenzgeber der Antragsstellerin gaben auf Nachfrage folgende weiteren Kommentare: „absolut unzuverlässig“, „absolut mangelhafte Ausführung und unzuverlässig, Bauschäden produziert, Maßnahme eigentlich seit 2003 abgeschlossen, reagiert nicht auf Anschreiben, es wird ein Gerichtsprozess angestrebt“, „Finger weg lassen“.

Während die Vergabekammer noch dem Nachprüfungsantrag stattgab, gestattete das OLG Düsseldorf der Vergabestelle, das Vergabeverfahren fortzusetzen und noch vor Ablauf des Nachprüfungsverfahrens den Zuschlag zu erteilen. Die Vergabestelle habe bei der Auswahl der Verhandlungsteilnehmer einen Beurteilungsspielraum, den sie unter Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes und des Transparenzgebotes ausfüllen muss. Dabei dürfe die Vergabestelle bei ihrer Prognoseentscheidung über die Fachkunde und Leistungsfähigkeit auch berücksichtigen, dass andere Auftraggeber unzufrieden sind und ein Gerichtsprozess anhängig ist. Die Angabe von Referenzen solle die Vergabestelle gerade in die Lage versetzen, die Einschätzungen der benannten Auftraggeber in Erfahrung zu bringen. Sie sei nicht verpflichtet, darüber hinaus mittels eigener Ermittlungen diese Einschätzungen auf ihre Berechtigung zu überprüfen. Erst recht müsse keine gerichtliche Klärung der Bemängelungen früherer Auftraggeber abgewartet werden. Dies gelte jedenfalls soweit, als keine berechtigten Zweifel an der Einschätzung offenkundig sind.

Ein zu einer Rechtsverletzung führender Verstoß gegen das Gleichbehandlungsgebot könne schließlich ebenso wenig darin gesehen werden, dass der Antragsgegner die Referenzen eines der ausgewählten Unternehmen *nicht* überprüft, sondern die Beurteilung der Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit als "gut" ausschließlich auf eigene Kenntnisse und Erfahrungen gestützt habe, und dass er bei einem weiteren zur Angebotsabgabe aufgeforderten Unternehmen zwar die sehr gute Ausführung und Termintreue des Unternehmens festgehalten, aber nicht dokumentiert habe, woher diese Kenntnisse im Einzelnen stammten.

Verliert der Konsortialführer einer Bietergemeinschaft mehrmals schon im Teilnahmewettbewerb, entgeht der Bietergemeinschaft nicht nur die Möglichkeit der Angebotslegung. Es droht dem Konsortialführer auch ein Vertrauensverlust innerhalb der Bietergemeinschaft, der für ihn im Zweifel den größten wirtschaftlichen Schaden darstellen wird. Ob ein Referenzgeber zur Rücknahme negativer Beurteilungen gerichtlich gezwungen werden kann, ist fraglich, zumal Pannen immer passieren und negative Bewertungen begründen können. Diese Rechtsprechung verschärft die Situation für Unternehmen, die (ggf. berechnete) Konfrontationen nicht scheuen.

Mütze Korsch Rechtsanwaltsgesellschaft mbH  
Rechtsanwalt Matthias Berger  
Trinkausstraße 7  
40213 Düsseldorf  
Tel. +49 211 – 88 29 29  
Fax +49 211 – 88 29 26  
Mobil +49 160 – 47 20 722  
[berger@mkrq.com](mailto:berger@mkrq.com)  
[www.mkrq.com](http://www.mkrq.com)

